

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonntag, 10. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8gehaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,50 Mk., auswärts 0,60 Mk. Stellen- und Wohnungssuche, Familiennachrichten, Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gehaltene oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Die soziale Revolution in England.

- Die Solidarität der Arbeiter.

MCB. London, 8. April. Eine gemeinsame Versammlung der Exekutivkommission der Eisenbahner und der Transportarbeiter hat bekanntgegeben, daß der volle Streik des Dreibundes am Dienstag um Mitternacht beginnen soll, wenn nicht die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern wieder aufgenommen werden.

„Daily Telegraph“ meldet aus London, daß die Eisenbahner der Strecken London-Edinburg und London-Glasgow in den Sympathiestreik für die Bergarbeiter eingetreten sind. In Liverpool sind 25 000 Hafnarbeiter in den Ausstand getreten. In Manchester ist der Generalstreik für Montag proklamiert worden.

Die Streikbrecher müssen flüchten.

Die Regierung gibt sich alle Mühe, um Streikbrechergarden zunächst zur Beseitigung der Notstandsarbeiten in den Bergwerken aufzubieten. In erster Linie sind es die Studenten der technischen Hochschulen und der Bergakademien, die für diese ehrenvolle Tätigkeit in Aussicht genommen sind. In London melden sich in den Büros des berüchtigten Mittelstandsverbandes allerhand Elemente, die Streikbrecherarbeit leisten wollen, aber in der Regel haben die Herrschaften von der Arbeit in den Bergwerken keine blasse Ahnung, so daß der englische Kapitalismus mit seiner technischen Nothilfe nicht viel Staat machen kann. Man plant auch Matrosen der Kriegsmarine an die Pumpen in den Bergwerken zu kommandieren. Der Landesverband der Angestellten hat seine Mitglieder vor allem soweit sie im Bergbau beschäftigt sind, ermahnt, keinerlei Streikbrecherarbeit zu tun. Ebenso hat der Londoner Erwerbslosenrat erklärt, daß die Arbeitslosen nie und nimmer dazu zu haben sein werden, daß sie den kämpfenden Bergleuten in den Rücken fallen. Die Bergleute versetzen es übrigens mit den Streikbrecherkolonnen fertig zu werden. So haben im Rhondda-Gebiet die Bergleute durch ihre Funktionäre die formelle Erklärung abgegeben, daß sie für nichts bürgen könnten, wenn die Streikbrecher sich noch einmal in den Gruben sehen ließen. Daraufhin stellten die Herren ihre Tätigkeit sofort ein.

Wenig Hoffnungen auf eine Verständigung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Man hat die Hoffnung auf das Zustandekommen einer Einigung zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern noch nicht aufgegeben, wenn auch die Aussichten, auf der Basis der Vorschläge des Ministerpräsidenten zu verhandeln, äußerst gering sind. Falls die gegenwärtige Lage sich nicht ändert, und bis morgen eine Lösung des Konfliktes nicht gefunden ist, wird der Arbeiterdreibund Sonntag nacht um 12 Uhr in den Generalstreik eintreten. Die englische Bourgeoisie hat sich deshalb bis auf die Zähne bewaffnet.

London voll von Militär.

Wie aus London, dem Herzen des englischen Kapitalismus, gemeldet wird, ist die Stadt voll von Truppen, die aus Irland eingetroffen sind. Große Abteilungen mit Stahlhelmen, Maschinengewehren und Autos durchziehen die Straßen von einem Bahnhof zum andern. So hat Lloyd George alles Nötige zum Arbeitermord vorbereitet und es wird Sache des englischen Proletariats sein, ihm darauf die gebührende Antwort zu geben.

Wie in Deutschland Zeitfreiwillige und technische Nothilfe zum Kampf gegen das streikende Proletariat verwandt

werden, läßt auch die englische Bourgeoisie diese Garden gegen das Proletariat aufmarschieren.

Unterm 9. April wird aus London gemeldet:

Die Regierung hat alle Gemeinden beauftragt, mit der Anwerbung von Freiwilligen-Polizei aus Bürgerkreisen zu beginnen, die vereidigt, in Uniform gekleidet und bewaffnet werden soll.

Im Unterhause erklärte Lloyd George, es sei jetzt augenscheinlich, daß die Bergleute entschlossen seien, die Bergwerke der Zerstörung auszuliefern. Angesichts einer solchen Gefahr habe die Regierung beschlossen, einen Aufruf an Freiwillige zu erlassen, die den öffentlichen Verkehr und die öffentlichen Einrichtungen sichern sollen. Um über die notwendigen mobilen Kräfte zu verfügen, wird es notwendig sein, die Reservisten des Heeres und der Marine einzuberufen. Die Arbeiter haben in der Tat nicht gezögert, der Bourgeoisie die Zähne zu zeigen.

Kämpfe in England.

In vielen Grubenbezirken ist es zu Zusammenstößen gekommen, weil die Bergarbeiter entschlossen sind, eine technische Nothilfe und freiwillige Arbeit nirgends zu erlauben. In Schottland, Wales, Edinbourg, Einlithgow, Lamare, Delceville, Gife, Pontypool und Cardiff haben die Bergarbeiter überall die Pumpen zum Stillstand gebracht. An mehreren Stellen wurde auch die zur Hilfe herbeigerufene Polizei vertrieben. Es herrscht überall größte Unruhe. An manchen Orten ziehen die Arbeiter mit klingendem Spiel und roten Fahnen zu den Gruben und bewegen die „freiwilligen Hilfsmannschaften“ zur Einstellung der Streikbrecherarbeit.

Die „Times“ meldet: Die Londoner Garnison bleibt mobilisiert. Aus der Provinz seien starke Artillerie-, Kavallerie- und Maschinengewehrformationen nach Schottland abgegangen. In den schottischen Kohlenbezirken und in den nordenglischen sind schwere Unruhen ausgebrochen. Die Grubenarbeiter, hauptsächlich bolschewistische Elemente haben die meisten Gruben im Sturm genommen und unter Wasser gesetzt. Zum ersten Male seit Menschengedenken sind von der englischen Regierung ausgedehnte militärische Vorbereitungen bei einem internationalen Konflikt vorgenommen worden.

Der „Daily Herald“ meldet, daß die Kommunisten in Edinbourg, Glasgow und Leith die öffentlichen und staatlichen Gebäude besetzt haben. Nach der „Daily Mail“ sind drei britische Infanterie-Regimenter mit Artillerie am Donnerstag früh im schottischen Aufstandsgebiet eingetroffen. Man fürchtet das Umsichgreifen der kommunistischen Revolte.

Standrecht im Schottischen Bergwerksbezirk.

Paris, 8. April. Die britische Regierung hat über den schottischen Grubenstreik den Belagerungszustand und das Standrecht verhängt. In mehreren Städten haben die Streikenden die Macht an sich gerissen und die kommunistische Republik proklamiert. In Concion sind 4 Bataillone der Gardebrigade feindmarchmäßig eingetroffen, um gegen die Unruhestifter vorzugehen.

Natürlich werden diese Kämpfe, die jetzt zwischen der englischen Bourgeoisie und dem englischen Proletariat sich entspannen, noch nicht zu der Ausrufung der Räterepublik führen. Sie werden aber großen Massen des Proletariats, die bisher den Leithammeln von reformistischen Führern folgten, den Star stehen, und sie zu bewußten Kämpfern für den Kommunismus machen.

Die Fiatwerke in Turin militärisch besetzt.

Alle Fabriken der Fiatwerke in Turin waren am Mittwoch militärisch besetzt. In einem Anschlag wurde den 20 000 Arbeitern der Grund ihrer Aussperrung mitgeteilt. Sie gaben sich später zu einer Versammlung in die Arbeitskammer, doch ereigneten sich keine Zwischenfälle. Die Befestigung mit Truppen und Polizei war schon 2 Uhr nachts vollzogen. Die Truppen sind kriegerisch ausgerüstet und mit Maschinengewehren und Panzerautos versehen.

Rußlands neue Weltstellung.

(Schluß).

Die Isolierung Frankreichs durch die geschickte russische Taktik und den festen Stand der russischen Sowjetregierung, die den angrenzenden Völkern immer stärker imponiert, wird verstärkt durch das russisch-türkische Abkommen und durch den Eifer, mit dem die Polen möglichst auf einen rascheren Abschluß des Friedens von Riga hindrängten, der dann am 18. März unterzeichnet wurde. Frankreich sieht damit einen seiner stärksten Stoßtrupps als abgekämpft aus der Aktion gegen Sowjetrußland ausscheiden, während die Räterepublik nicht nur auch in Warschau baldigst eine Gesandtschaft haben wird, sondern den offenen Warenaustausch bis an die deutsche Grenze treiben kann.

Ueber die deutsche Grenze werden diese Beziehungen kaum gehen, ehe nicht die Arbeiterklasse die bürgerliche Regierung zum Teufel gejagt und selbst die Macht übernommen hat. Denn die bürgerliche Regierung ist antibolschewistisch bis zur Borniertheit, wodurch sie zu wahrhaft grotesken Dummheiten getrieben wird. Zeigte sich ihre Zuversicht auf die konterrevolutionäre Umgestaltung in Rußland schon in ihrem erstaunten Verhalten zu der englischen Handelsunter-schrift vor Abschluß der Kronstädter Affäre, so hielt sie es auch nicht mehr für nötig, mit der russischen Räteregierung in irgendeine Beziehung über die Behandlung der polnischen Frage zu treten. Die Polen rochen besser den neuen politischen Wind, der Rußland günstig war und so suchten sie mit Rußland ins Reine zu kommen, um in ihrem Gegensatz zu Deutschland gefestigter dazustehen. Zwei Tage vor der ober-schlesischen Abstimmung gelang es ihnen, den Friedensvertrag in Riga unter Dach zu bringen, damit sie nach der Abstimmung den Rücken frei hatten zu irgendwelchen Handlungen gegen Deutschland, das sich erneut immer wieder hoffnungslos isoliert.

Ebenso wie durch diese ausländischen Handelsbeziehungen, die jetzt endlich für das ausgepörrte Rußland greifbare Gestalt angenommen haben, ist die Errichtung der georgischen Sowjetrepublik, die sich der föderativen Sowjetrepublik Rußlands angegliedert, eine wirtschaftliche Erleichterung. Die Räterepublik bekommt wieder die Verfügung über die großen Petroleumquellen, das ausgebeutete Röhrennetz zum Abtransport des Petroleums und auch der Hafenort am Schwarzen Meer, der diese Ausfuhr ermöglicht, ist wieder in russischen Händen.

Mit diesen wirtschaftlichen Sicherungen für die kommende Zeit konnte die Räteregierung es wagen, den breiten Bauernmassen, die den weitaus größten Teil des russischen Volkes ausmachen, ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen. Sie konnte ihr bisheriges Zwangsprinzip der Ablieferungspflicht des gesamten Bodenertrages mildern und die Bauern für eine härtere Ausbeutung der Ausfaatflächen für dieses Frühjahr interessieren. Nach dem neuesten Dekret über die Bauernfrage werden die Bauern von der Ernte des Sommers und des Herbstes je nach der Größe des von ihnen bearbeiteten Bodens progressiv nach oben steigende Anteile abzuliefern haben. Der ihnen verbleibende Rest der Ernte soll ohne Zwangsmittel nur noch im Austausch gegen Industrieprodukte von der Regierung übernommen werden. Die zu erwartende Verbesserung des Ernährungszustandes der russischen Städte wird ermöglicht durch die ausländische Zufuhr von Industrieprodukten und einigen für die Produktion in Rußland erforderlichen Rohstoffen. So bedarf man z. B. für die volle Ausnutzung der großen Petersburger Industriebetriebe notwendig der englischen Kohle, die schon früher ausschließlich Petersburg mit Brennstoff versorgte. Die erste Bestellung, die auf Grund des Handelsvertrages mit England gemacht wurde, war deshalb eine Bestellung von Kohlen im Werte von 18 Millionen.

So ist nach der günstigen Wendung der außenpolitischen Lage der Räterepublik bereits sicher vorauszu-sehen, daß nicht nur die innerpolitische Lage sich weiter festigen wird, sondern auch, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dank der geschickten Politik der Kommunisten sich jetzt rascher nach aufwärts entwickeln werden. Mögen auch im Sommer infolge der nicht so rasch zu überwindenden Verkehrsnot einzelne Teile des riesigen Landes noch durch bewaffnete Bänder gelegentlich in Unruhe versetzt werden und mögen die antibolschewistischen Hezer aus diesen Erscheinungen der Uebergangszeit wieder in lägenhafter Uebertreibung Erfolge der Gegenrevolution zurechnen zu versuchen, so kann das für das deutsche Proletariat, für das Weltproletariat nichts an der Gewißheit ändern, daß der erste proletarische Staat auch weiterhin als kommunistische Räterepublik gefestigt dastehen wird.

Es gibt in der Tat für Rußland keine Möglichkeit der organisierten Konterrevolution mehr; die einzige Gefahr,

Verschärfung der Klassengegenätze in Italien.

Kommunistenlag in Mailand.

Am Sonntag verhaftete die Polizei auf offener Straße den wegen seiner kommunistischen Gesinnung bekannten Chemiker Dr. Dognini, sowie den Studenten Bomerans aus B. Harabien mit seiner Schwester. In ihren Zimmern wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, die einen regen Briefwechsel mit kommunistischen Vereinen Italiens und Politikern in Rußland und der Schweiz zutage förderten. — In Rembrato wurde ein kommunistischer Gemeinderat und fünf Anarchisten verhaftet.

Rebellion in Italien.

In den istrischen Bauerndörfern Carnizza und Tarpane wurden die letzten Rebellenscharen von Truppen und Zollwächtern zerstreut. Die Landstraße ist mit Baumstämmen verperrt.

MAY

die diesen sozialistischen Gemeinwesen droht, liegt in dem Verlangen der sozialistischen Proletarier anderer Länder. Nur wenn die Arbeitermassen Deutschlands, Frankreichs und Englands tatenlos beiseitegehen und es zulassen, daß der zermürbte, im Zerbröckeln befindliche Kapitalismus, der dem Bolschewismus schon KonzeSSIONen macht, sich wieder im vollen Umfang auf Kosten ihrer Verelendung konsolidiert, nur dann könnte der proletarische Sowjetismus in den nächsten Jahren eine neue Gefahr von bedrohlicher Bedeutung erwachsen. Rußland steht, und es ist die Aufgabe der Proletarier aller Länder, sich gegen den heimlichen Kapitalismus zu erheben, sich selbst zu befreien, sich selbst zu helfen, selbst eine Sowjetrepublik zu werden und sich neben Rußland zu stellen. So retten wir Rußland und Rußland uns.

Politische Uebersicht.

Die Abgebligten.

In das Liebeswerben der sozialdemokratischen Partei führt um die Koalition mit der Deutschen Volkspartei in Preußen, über die man bisher nur durch einzelne Andeutungen der Presse erfuhr, ist durch die Veröffentlichung eines Schreibens des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Siering an die Deutsche Volkspartei durch Vermittlung des Zentrumsgesandten Herold volle Klarheit gebracht worden. In diesem Schreiben erklärt Siering in seinem Namen und dem seiner Fraktionskollegen Limberg und Heilmann sich auf eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten hin bereit, zu prüfen, ob eine gemeinsame Regierungsbasis mit der Deutschen Volkspartei für die SPD zu finden wäre. Folgendes Mindestprogramm machen die sozialdemokratischen Abgeordneten der Volkspartei zur Bedingung:

1. Alle Koalitionsparteien stellen sich in ihrer parlamentarischen und parlamentarischen Tätigkeit klar und unabweisend auf den Boden der demokratischen, republikanischen Verfassung des Reiches und Preußens.
2. Die Demokratisierung der preussischen Verwaltungsorgane und des preussischen Verwaltungsbereichs wird in republikanischer Weise in der bisherigen Weise fortgesetzt.
3. In den letzten Monaten ist es der Arbeit des Finanzministers gelungen, entgegen früheren Auffassungen die Unrechtmäßigkeit umfangreicher Anleihe des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern nachzuweisen. Diese Arbeit muß in gleichem Geiste fortgesetzt werden.
4. Beim Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung müssen unter den Ministern, die mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden, unbedingt sein:
das Ministerium des Innern,
das Ministerium des Ackerbau,
das Ministerium für Landwirtschaft.

Die Deutsche Volkspartei hat der SPD auf diesen Anbiederungsversuch den schon bekannten Fußtritt gegeben und sie noch dadurch in Verlegenheit gesetzt, daß sie das Schreiben, dessen Geheimhaltung jene bis zu einer gemeinsamen Veröffentlichung in den Blättern aller Koalitionsparteien wünschten, prompt in ihrer Parteikorrespondenz veröffentlicht hat. Es ist auch eine etwas starke Zumutung für die Deutsche Volkspartei, ein Bekenntnis zur Republik abzugeben und obendrein noch die Posten des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Landwirtschaftsministers der SPD überlassen zu sollen.

Der „Vorwärts“, der das Schreiben jetzt mitgebrungen auch veröffentlichte mußte, bezeichnet es als ein Experiment, dazu bestimmt, Zentrum und Demokraten von der Unmöglichkeit der Koalition mit der Volkspartei zu überzeugen. Wäre dies in der Tat der Fall, so hätten die Siering und Genossen nicht Vorfrage getroffen, der SPD gleich drei wichtige Ministerposten zu sichern, sie hätten auch nicht ein so angüliches, klägliches „republikanisch-demokratisches Mindestprogramm“, sondern mit Rücksicht auf die ihnen Gefolgschaft leistenden Arbeiter viel weitergehende Forderungen aufgestellt. Den SPD-Führern, die sich nicht scheuen haben, in der Regierung Wilhelms des Letzten zu sitzen, glauben natürlich auch die eigenen Arbeiter nicht mehr, daß sie die Koalition mit der Volkspartei ablehnen werden, wenn die Verteilung der Ministerposten nach ihrem Wunsch ausfällt.

Trotz der Mehrheit, die die alte Koalition bei den Provinzwahlen davongetragen hat, zeigt sich die Lage nach der Seite des „Faschismus“, der verkappten außerparlamentarischen Diktatur der Bourgeoisie. Zudem die SPD dem letzten Kampf der Arbeiter in den Rücken gefallen ist und so unmittelbar zur Stärkung der Macht der Konterrevolution beigetragen hat, hat sie selbst die Grundlage untergraben, auf der ihre Ministerherrlichkeit blüht.

Kommunistische Anträge im Preussischen Landtage.

Unsere Landtagsfraktion in Preußen hat eine Anzahl von Anträgen und Anfragen zur bevorstehenden Session eingebracht, von denen wir die wichtigsten wiedergeben.

Zur Inzestierung des weißen Terrors:

Das gegen die preussische Regierung eingebrachte Reklamationsdokument hat folgenden Wortlaut:

Die von Staatsministerien ausgesandte fälschliche „Polizeiaktion“ ist eine ungesetzliche Verletzung der unantastbaren Arbeitssphäre gegen die sich die Arbeiter mit vollem Recht erhoben haben. Da diese Maßnahme im Interesse der Konterrevolution geschehen ist, wird der Landtag dem Staatsministerium scharfes Mißtrauen aussprechen.

Ein weiterer Antrag verlangt die sofortige Aufhebung des über preussische Gebiete verhängten Belagerungszustandes und die angehende Beilegung der verfassungswidrigen Ausnahmezustände. Endlich fordert unsere Fraktion die preussische Regierung auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Befehlsgewalt der Konterrevolution der parlamentarischen Abgeordneten im besetzten Gebiete zu bringen und die Entlassung des von den Engländern festgenommenen Gewerkschafts-Abgeordneten Plenge, in Solingen, herbeizuführen. In Bezug auf die Wahrung der verfassungsmäßig garantierten Pressefreiheit und ihre Verwirklichung gegen

Organe der SPD, verlangt die Fraktion den vollen Ersatz des durch ihre Unterdrückung entstandenen Schadens sowie die sofortige Beistrafung der Schuldigen an den Chikanen gegen kommunistische Zeitungen.

Zum Falle Süll stellt die Fraktion folgende große Anfrage:

- Der Oberstaatsanwalt Süll ist auf Veranlassung des Staatskommissars Weismann verhaftet worden, ohne daß ein Grund dazu vorlag. Er wurde dann unter dem Vorwande, einen Fluchtversuch unternommen zu haben, von einem Polizeibeamten mittels Schußwaffe schwer verletzt, mißhandelt und solange ohne ärztliche Hilfe gelassen, bis eine Rettung nicht mehr möglich war.
1. In welcher Weise gedenkt das Staatsministerium den in erster Linie und nicht nur im Falle Süll schuldigen Staatskommissar Weismann zur Verantwortung ziehen?
 2. Wird das Staatsministerium gegen den sonstigen an Sülls Tode Schuldigen vorgehen?

Sie beantragt das weitere, daß die Kosten der Bestattung unierso sei feige gemeuchelten Genossen auf die Staatskasse übernommen und den Hinterbliebenen der Lebensunterhalt gesichert werde.

Zur Erwerbslosenfürsorge.

Einige im Zusammenhang stehende Anträge und Anfragen sollen eine Besprechung dieses zu den aktuellsten Tagesfragen gehörenden Problems erzwingen. Die Fraktion verlangt zunächst vom Staatsministerium eine Äußerung darüber, welche Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten es zu ergreifen gedenkt angesichts der Tatsache, daß nach dem Reichsarbeitsblatt vom 4. März d. J. bei den niedrigsten Arbeitsnachweisen auf 300000 Arbeitsuchende nur etwa 40000 offene Stellen entfielen. Weiter verlangt sie folgende Schritte im Interesse der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter:

1. unverzüglich alle Schritte zu tun, um die verkrüppelt arbeitenden und geschlossenen Betriebe wieder voll produktionsfähig zu machen;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach allen Kurzarbeitern, die unter der tariflich festgesetzten Arbeitszeit beschäftigt werden, der Lohnausfall von den Arbeitgebern zu ersetzen ist;
3. leistungsschwachen Unternehmungen auf Antrag des Betriebsrats für diesen Zweck Mittel zur Verfügung zu stellen;
4. in weitestem Ausmaße öffentliche Arbeiten vornehmen zu lassen und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen;
5. die öffentlichen Arbeiten unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu vergeben und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräten auszuführen zu lassen;
6. alle Arbeitsaufträge des Staates und der Gemeinden als Notstandsarbeiten zu erklären und den Unternehmergewinn festzusetzen;
7. bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die bestehenden Sätze der Erwerbslosenunterstützung um 100 Prozent erhöht werden;
8. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Erwerbslosenunterstützung auch dann sofort gezahlt wird, wenn die Erwerbslosigkeit eine Folge eines besonderen Streiks ist.

Endlich fragt die Fraktion noch an, wie weit der Stand der Sozialisierungsfrage gediehen sei.

Rosenfelds Federstrich.

Im Namen des Vorstandes der USPD, hat Kurt Rosenfeld eine von hochmoralischer Entrüstung triefende Epistel an den Reichsjustizminister gerichtet, die in folgender Aufforderung gipfelt:

„Mit einem Federstrich können Sie die Jugendlichen vor den Ausnahmegerichten schützen. Tun Sie diesen Federstrich.“

Wer denkt da nicht an Marquis Boja: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“

Wenn Rosenfeld glaubt, mit moralischem Pathos etwas erreichen zu können, so ist das ein Zeichen für kein gutes Herz und noch mehr für seine Inaktivität. Oder auch für etwas anderes.

Es paßt nämlich ganz zur Politik der USPD, wenn man, nachdem man der Gegenrevolution reblich geholfen hat, sie auch einmal anschnort.

Die Betteliten der Unabhängigen werden keinen Arbeiter über die wahre Haltung der USPD täuschen können. Denn das Betteln bei der Gegenrevolution vertritt ebenso sehr wie die offene Hilfe für die Gegenrevolution, daß die Unabhängigen nicht für die Arbeiterkämpfe kämpfen wollen.

Die Reichswehr „entpolitisiert“.

Der demokratische Reichswehrminister Gessler nützt die ihm durch das Reichswehrgesetz gegebenen Möglichkeiten weiter in der Richtung aus, daß er die Armee als geistiges Werkzeug des weißen Schreckens organisiert. Er hat eine Verfügung erlassen, in der es heißt:

„Auf Grund des § 36 des Wehrgesetzes verbiete ich hiermit allen Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften):

1. Die Teilnahme an politischen Versammlungen, Besammlungen, die zu einem nicht-politischen Zweck einberufen sind, aber im Verlauf der Verhandlungen, der Einberufung usw., sich mit politischen Angelegenheiten befassen, hat jeder Soldat sofort zu verlassen, sobald ihm diese Aenderung des Zwecks erkennbar wird.
2. Die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen. In den politischen Vereinen, den die Soldaten nicht angehören dürfen, zählen hieraus beispielsweise: a) sämtliche Organisationen der politischen Parteien, also sowohl die Zentralverbände wie auch die Landes- und Ortsgruppen, b) der Nationalverband deutscher Offiziere, c) der Verband nationalgerüsteter Soldaten, d) der republikanische Jahrestag, e) die Offiziersvereinsigung der deutschen Republik.

Ist den Soldaten zweifelhaft, ob es sich um einen unter dies Verbot fallenden politischen Verein handelt, so hat er sich an seine vorgelegte Dienststelle zu wenden und ihre Entscheidung abzuwarten. g. Dr. Gessler.

Diese Verfügung bedeutet, daß die gesamte Reichswehr den Offizieren ausgeliefert wird, die im Rapp-Putsch ihre reaktionäre Inertrassigkeit erwiesen haben. Die Reichswehr wird noch mehr als bisher eine demokrate Gefahr in der

Richtung bilden, daß jeder kaiserliche und sonstige Abenteuerer sie mißbrauchen kann. Das Verhalten der Leihar-Banden im Steinamanger bei dem Besuch des Habsburgers spricht klar.

Die demokratische Volkszeitung fragt, warum der Deutsche Offiziersbund nicht unter den namentlich genannten verbotenen Organisationen ist. Herr Gessler denkt nicht daran, den monarchistischen Offizieren die politische Betätigung zu verbieten, dazu lebt er, wie auch die ganze deutsche Demokratie, zu sehr von ihrer Gnade und ihrer Einschätzung der außenpolitischen Situation.

Hörning als Helfer der Pogromheger.

Die angebliche „Verstümmelung“ gefallener Sipo.

Wie bekannt, hat die Sipo in Gröbers bei Halle eine schwere Schlappe erlitten, wobei sie 8 Tote verlor. Die Orgeelpresse schwindele von einer Plünderung der Leichen und deren Verstümmelung durch die Ausständischen. Der Oberpräsident Hörning gab bekannt, daß die Leichen photographiert und an die Sipo-Mannschaft verteilt werden sollen. Zweck der Uebung natürlich: Aufreizung zu schärfster „Aktivität“. Ein Augenzeuge, der in Gröbers weilte, als die Toten auf einem Wagen nach dem Spritzenhause in Gröbers transportiert wurden, berichtet uns folgendes:

Wenn wirklich verstümmelte Leichen von der einrückenden Sipo gefunden worden sind, so ist hier eine Schurkerei begangen worden, wie sie allenfalls in den entsprechenden Kostengemeinschaften ihre Parallele findet. Die Leichen hatten außer den gewöhnlichen Schießwunden auch keine einzige bemerkenswerte Verstümmelung aufzuweisen. Im Gegenteil, die Schießwunden waren kaum zu bemerken. Die Toten sind unter der Leitung des Ortschulzen im Spritzenhause aufgebahrt worden. Sämtliche Sachen, Briestaschen, Geld, Uhren, wurden dem Ortschulzen von dem Kommandeur ausgehändigt mit der Anweisung, die Sachen an die Hinterbliebenen auszuhandigen. Lediglich die Schuhe wurden für die kämpfenden Arbeiter requiriert, da dieselben mit Fußzeug schlecht bestellt waren. Der Ortschulze, die Schöffen und die Einwohner-schaft von Gröbers werden alles das bestätigen können. Wir müssen verlangen, daß das Oberpräsidium sofort alle die in Betracht kommenden Persönlichkeiten als Zeugen vernimmt und nachforscht, wer die Verstümmelungen an den Leichen vorgenommen hat.

Wie früher unter Röske von den geschworenen Feinden des Proletariats in Uniform Leichenverstümmelungen vorgenommen und photographiert wurden, um mit den Bildern die Öffentlichkeit und die Raskiden gegen revolutionäre Arbeiter in einen Blutausch zu treiben, so wird es heute getrieben, um die Kommunisten tieferer Wurzeln schlagen zu lassen. Das Pogrom ist ihr Zweck, denn nebenbei läuft die Absicht, Deckung für den weißen Terror gegen Kommunisten bei den Massen zu gewinnen.

Wir fordern eine Untersuchung der angeblich verstümmelten Sipo-Leichen durch Ärzte, die das Vertrauen auch der Arbeiterorganisationen genießen, um den Tatbestand aufzuhellen. Ehe das nicht geschieht, ehe nicht schleunige Beweise für die Richtigkeit der Hörning'schen Behauptung gegeben, bleibt sie eine niederträchtige Verleumdung und Beschimpfung der Proletarier Mitteldeutschlands, die mutenschlossen die Leiden der kämpfenden Vorhut für die Massen auf sich genommen!

Neue Kriegsgefahr.

Die deutsche Unternehmerrschaft und ihr Werkzeug, die deutsche Regierung, geben sich immer noch der trügerischen Hoffnung hin, daß die Sanktionen, besonders die 50-prozentige Ausfuhrabgabe, praktisch nicht zur Durchführung gelangen würden. Die deutsche Bourgeoisie ist durch die Erfahrungen des Krieges nicht klüger geworden. Ebenso wie im Kriege fährt sie auch jetzt fort, das Urteil der Massen nicht nur mit Lügen zu verjagen, sondern auch sich selbst hinteres Licht zu führen. Im Kriege hat man sich der trügerischen Hoffnung hingegeben, die Durchführung der Blockade würde an dem Widerstande der neutralen Staaten scheitern. Ebenso erwartet man jetzt, die Neutralen würden sich dagegen sträuben, daß die zur Erhebung der Ausfuhrabgabe notwendigen Kontrollmaßnahmen auf die neutralen Länder ausgedehnt würden. Richtig ist allerdings, daß der Zweck der Ausfuhrabgabe nicht erreicht werden kann, wenn nicht der Durchgangsverkehr durch die neutralen Länder, vor allem durch Holland, kontrolliert und erfaßt wird. Falsch ist es aber, anzunehmen, daß die Interessen des Entente-Kapitalismus und der Kapitalismus der Neutralen im Widerspruch miteinander stünden, wenn es sich darum handelt, die deutsche Konkurrenz abzuwürgen. Im Gegenteil, der Widerstand, den die deutschen Unternehmer und die deutsche Regierung der Ausfuhrabgabe entgegensetzen, durch den Versuch, die neutralen Mächte durch verschärfte Schlenkerkontrollen zu erobern, schädigt nicht nur den Entente-Kapitalismus, sondern mindestens ebenso sehr den ohnehin durch die Wirtschaftskrise schwer bedrohten neutralen Kapitalismus. Der Widerstand der deutschen Bourgeoisie gegen die Sanktionen, der den Zweck hat, den Konflikt zu mildern, wird ihn im Gegenteil verschärfen. Was Deutschland droht, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Neuauflage der Blockade; die ersten Anzeichen dafür liegen bereits vor.

Wie die „Bosnische Zeitung“ am 6. April aus Göteborg meldet, hat die Generalzolverwaltung den schwedischen Zollkammern mitgeteilt, daß der deutsch-schwedische Handelsvertrag, der abgelaufen ist, nicht mehr erneuert wurde, und daß deutsche Fahrzeuge nicht mehr das Recht haben, den Küstenverehr zwischen schwedischen Häfen anzufahren. Dieselbe Kammer der „Bosnischen Zeitung“ meldet aus Kopenhagen, die britischen Konsula in Dänemark seien von ihrer Regierung beauftragt worden, anlässlich der 50-prozentigen Abgabe Ursprungszugnisse für alle nach England zu exportierenden Fabrikate auszuwählen.

Hält man diese Tatsachen mit der jüngsten Rede Briands im französischen Senat zusammen, die eine ungehemmte Kriegsgefahr ausdrückt, so ergibt sich klar, was dem deutschen Proletariat blüht: eine Neuauflage des Krieges, ausgeführt mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln.

Der weiße Schrecken.

Die Aktion der KPD, die mit einer vorläufigen Niederlage geendet hat, ist eingeleitet und durchgeführt worden in der sicheren Voraussicht der furchtbaren Gefahren, die dem deutschen Proletariat drohen, wenn es nicht entschlossen den Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie aufnimmt. Das deutsche Proletariat wird bald gezwungen sein, den Kampf auf der ganzen Linie von neuem zu eröffnen; denn nur ein proletarisches Deutschland, gestützt auf ein Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland, darf hoffen, daß das Proletariat der Ententeländer sich mit ihm erhebt, um, jedes in seinem Lande, den gemeinsamen Feind niederzuringen und mit einer Gesellschaftsordnung abzurechnen, deren Erhaltung mit Jammer, Tod und Siechtum der arbeitenden Massen bezahlt werden muß.

Wie die Unabhängigen die kämpfenden Arbeiter besudeln.

Die „Freiheit“ fährt in ihrem niederträchtigen Feldzug gegen die kämpfende Vorhut der Arbeiterklasse, durch den sie das Bösen des weißen Schreckens und der Ausnahmegerichtliche ermöglicht, und von vornherein gerechtfertigt hat, nach dem Abbruch des Kampfes unvermindert fort. In der heutigen Morgenausgabe befindet sich eine Sudelei eines Hugo Saupe über „die Holzplatt und ihre Ursachen“, die verdient, als Schulbeispiel unabhängiger Laktat niedriger gehängt zu werden. Die Mansfelder Arbeiter, die sich in dem letzten Kampf heldenhaft geschlagen haben, werden als eine „ungeschulte Masse“ hingestellt, die „nicht aus innerer Überzeugung, sondern aus einem dumpfen Gefühl der Unzufriedenheit“ zum Sozialismus gekommen sei. Die zu Kommunisten Gewordenen hätten aus einem Extrem in das andere geschwankt. Nichtkommunistische Arbeiter hätten unter einem geradezu beispiellosen Terror gestanden. (Damit werden die massenhaften Maßregelungen kommunistischer Arbeiter durch die Unternehmer sanktioniert.) Die aufopfernde Tätigkeit kommunistischer Funktionäre im Dienste des Kampfes der Arbeiterklasse wird folgendermaßen verhöhnt:

Unter der intellektuellen Leitung Joseph Schneiders stellte die KPD keinerlei geistige Ansprüche an die Massen. In eblem Wettbewerb mit den Massen schrieb Schneider unausgesetzt bis zu mehrmaliger Heiserkeit: Aktion! Aktion! Jeder, der nicht seines Glaubens war, wurde als Spießel abgetan.

Die dortigen Führer der KPD seien keine Führer gewesen, sondern hätten sich „von den geheimen Instinkten der Massen führen lassen“.

Die „Freiheit“ demaskiert sich also schon soweit, daß sie nicht mehr nur die Kommunisten, sondern schon die Arbeiter, die den kommunistischen Parolen gefolgt sind, beschimpft und besudelt. Und dabei handelt es sich um eine Arbeiterschaft, die, wie die „Freiheit“ selbst zugibt, in der ersten Zeit der Revolution in ihrer überwältigenden Mehrheit der U.S.P. angehörte, die sich somit für die „mangelhafte Schulung“ in erster Linie selbst verantwortlich machen möchte. Das ganze Gerede von der mangelhaften Schulung, die nichts anderes ist, als der alte Ladenhüter Dittmanns gegen Sowjetrußland und aller Zentrumsleute gegen die Revolution, dient nur dazu, die Wut der Unabhängigen darüber zu verbergen, daß die Mansfelder Arbeiter nicht ihnen, sondern den Kommunisten gefolgt sind.

Eine neue Note über Oberschlesien.

Die deutsche Regierung hat an die Entente eine Note gerichtet, in der sie auf Grund des Resultates der Abstimmung und auf Grund der „geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse“, von denen im Versailler Vertrag die Rede ist, den ungeteilten Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland verlangt. Wenn das geschieht, so will sie der polnischen Regierung alle Garantien bieten, die zum Schutz der Minderheit für erforderlich erachtet würden, und bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung der im polnischen Gebiete liegenden Bodenschätze zu leisten.

Der „Vorwärts“ freut sich, daß die deutsche Regierung Polen so viel Hilfe zusichert und hofft, daß sich auf Grund der deutschen Note eine Verständigung anbahnen wird, die ganz Oberschlesien bei Deutschland lassen wird. Die „Freiheit“ dagegen hat schon längst auf Grund der Bestimmung von den geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Lösung der Verständigung mit Polen durch Teilung Oberschlesiens ausgegeben.

Die neue deutsche Note bringt die Lösung des ober-schlesischen Konfliktes in Wahrheit um keinen Schritt weiter. Eine wirkliche Verständigung mit Polen kann nicht erfolgen, solange haben und drüben die kapitalistischen Interessen walten und die nationalen Leidenschaften für sich mobilisieren. Keine Versprechungen der deutschen Regierung, sondern nur die Tat des deutschen Proletariats kann im polnischen Proletariat Vertrauen erwecken und so die Schlichtung des Konfliktes nach den Interessen des internationalen Proletariats vorbereiten.

Ausland.

Rumänien.

Die rumänische Regierung läßt in Siebenbürgen und anderen Teilen Rumäniens weitere Verhaftungen unter den Sozialisten vornehmen. Geradezu grotesk nimmt es sich an, daß sie gegen den Präsidenten der ukrainischen Räterepublik, Dr. Katowsky, einen Prozeß wegen Hochverrats gegen den rumänischen Staat begonnen hat; sie will ihn in Abwesenheit verurteilen.

Ungarn.

Das Kabinett Teleki erschien heute nachmittag beim Reichsverweser Horthy, um ihm seine Demission anzubieten, weil es auf Seiten Karls des Kühnen steht. Die Ungarn sollen doch noch einen König von Gottes und Horthys Gnaden bekommen. Wie berichtet, hat die ungarische Nationalversammlung angeordnet, daß im August die Wahl eines Königs stattfindet.

Je mehr die Bourgeoisie dem Abgrund näher kommt, umso unbedenklicher greift sie zu den gemeinsten Mitteln.

Ward und Tolschlag stehen in Deutschland auf der Tagesordnung, die bürgerliche Presse jubelt, die „sozialistische“ stimmt mit.

Der Kommunist Kubitz, der frühere Präsident von Oldenburg und Ostfriesland, ist zusammen mit anderen Genossen erschossen worden.

Das Sondergericht zu Torgau verurteilte bereits 18 Kommunisten zu Zuchthausstrafen von 5—6 Jahren und zu fünfjährigem Ehrverlust. (!)

Wieder einer „auf der Flucht erschossen“.

Die Erschießungen auf der Flucht reißen nicht ab. In Mülheim (Ruhr) ist ein Arbeiter, der wegen angeblichen Straßenraubes verhaftet worden war, auf der Flucht erschossen worden. Was es mit dem Straßenraub auf sich hat, beweist die Feststellung, daß der Mörder ein Werkspolizist (Pinter-town) ist.

Der weiße Schrecken in Bayern.

In Nürnberg hat die Reichswehrsoldateska in Verbindung mit bewaffneten Ortschaftswilisten 30 Genossen verhaftet. Die verhafteten Genossen wurden auf dem Wege zum Stadtgefängnis stark mißhandelt.

München befindet sich vollkommen unter dem Terror der Orgeß. Starke Formationen Reichswehr sind in der Stadt zusammengezogen und patrouillieren, bis an die Zähne bewaffnet, durch die Hauptstraßen. Von der Orgeß wird eine genaue Zugkontrolle ausgeübt. Bewaffnete Zivilisten zusammen mit der Reichswehr kontrollieren hauptsächlich die aus Norddeutschland kommenden Züge. Die Menschenjagd gilt natürlich den Kommunisten, gegen die die Rahrregierung seit etwa vier Tagen die Ordnungsbefehle restlos mobilisiert hat.

Neue Kommunistenverhaftungen.

(Z. U.) München, 8. April. Die Kommunisten Sandner, Schläffer und Diebl wurden in Schutzhaft genommen und der nach Oesterreich zuständige Kommunist Spida aus Bayern ausgewiesen.

(Z. U.) Halle, 8. April. Die Säuberungsaktion der Schutzpolizei in den Ortschaften rechts der Saale ist am Donnerstag abgeschlossen worden. Es sind wieder eine große Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden. Am Freitag soll mit der Säuberungsaktion links der Saale begonnen werden.

Die Kommunisten fliegen in die Zuchthäuser. Die weiße Justiz kann aber auch anders.

Berlin, 8. April. Von der Strafkammer des Berliner Landgerichts I wurde der Redakteur Rudolf Lebius wegen Vergehens gegen §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuchs zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Lebius hat in zwei Artikeln der „Staatsbürgerzeitung“ dazu aufgefordert, „Waterlandsverräter“ wie Professor Förster, Professor

Einstein und v. Gerlach, die dem Bunde Neue Vaterland angehören, niederzuschießen. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte im Affekt gehandelt habe und eine vaterländische Pflicht zu erfüllen glaubte.

Wenn also ein Wahnsinniger zur Erschießung von bedeutenden Gelehrten auffordert, handelt er aus vaterländischer Pflichterfüllung, wenn die Kommunisten das herrschende Verbrechergesinde beseitigen wollen, werden sie totgeschlagen. Die Rechtssozialisten sekundieren natürlich den Mördern von der Konterrevolution.

Die sozialdemokratische Presse fordert den Hungertod der Kommunisten.

Auf welche Tiefe des offenen Arbeiterverrats sozialdemokratische Führer sinken können, zeigen folgende Ausführungen der sozialdemokratischen „Freien Presse“, Remscheid:

„Unsere Partei vertritt den Standpunkt, daß die drei Jurys, die unsere Genossen an ihrer Arbeit gehindert und einen unserer Leute sogar körperlich mißhandelt haben, sofort entlassen werden müssen. Sollte der kommunistische Beigeordnete Koch dem nicht stattgeben, dann werden unsere Genossen im Stadtparlament dahin wirken, daß das ganze Handbetriebsamt aufgelöst wird, weil es sich ohnehin allmählich zu einem Lummelplatz für die Kommunisten entwickelt hat.“

Wenn man bis jetzt noch nicht gewußt hat, was sozialdemokratische Abgeordnete unter Vertretung von Arbeiterinteressen verstehen, so muß es diese Erklärung ihres konterrevolutionären Wesens jedem Arbeiter verständlich machen. Nicht für die Arbeiterschaft gegen die Reaktion wollen sie kämpfen, sondern ihr ganzer Kampf gilt den Kommunisten, und sie, die über Terror zeteren, sie, die den Wiederaufbau predigen, verlangen die Schließung von Betrieben lediglich deshalb, weil Kommunisten in ihnen beschäftigt sind. Damit haben sie das Urteil über sich selbst gesprochen.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Das Ausnahmegericht hat gestern neben zahlreichen anderen Schreckensurteilen den Genossen Seby dafür zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, daß er einen Beamten bei einem Gefangeneneinsatz sanfter abzuführen, da der Betreffende freiwillig mitgehen werde. Das „Echo“ findet diese unerbittliche Morbjustiz ganz in Ordnung. Es schreibt:

„Der Moskauer Befehl erfordert schwere Opfer. Denn wie es von dergleichen außerordentlichen Gerichten nicht anders zu erwarten ist, fallen die Urteile sehr hart aus. Schließlich kann man aber nichts anderes sagen, als daß die Anstifter des Verbrechens — denn mit Politik hat der Richter nichts zu tun — diese Urteile gegen sich und ihre Opfer selbst heraufbeschworen haben.“

Wann kommt endlich der Tag, an dem die Arbeiterklasse über diese verräterischen Lumpen zu Gericht sitzt.

Amerika.

Klassengegensätze in Amerika.

Nach Daten, gesammelt vom Arbeitsnachweis des Arbeitsministeriums: in 182 hauptsächlich industriestädten sind gegenwärtig etwa 35,5 Prozent Arbeiter beschäftigt.

Voriges Jahr im Januar hatten 9 402 000 Arbeiter Beschäftigung, während heute bloß 6 070 648 Verdienst haben. Das heißt in 182 Städten gibt es mindestens 3 331 352 Arbeitslose.

Diese Zahlen sind gegenüberzustellen die Berechnungen des bürgerlichen Detonomen Klein über den Reichtum einzelner kleiner Gruppen.

Nach Kleins Berechnungen kontrollieren in den Vereinigten Staaten 50 Familien jede mehr wie Dollar 100 000 000; 100 Familien kontrollieren jede mehr wie 50 000 000; 500 Familien kontrollieren jede mehr wie 10 000 000. John D. Rockefeller's Liegenschaften sind gegenwärtig mit Dollar 3 000 000 000 bewertet. Zweihundert Personen in den Vereinigten Staaten kontrollieren Dollar 15 000 000 000.

Das auf der einen Seite herrschende Elend wird in Amerika mit jedem Tage größer, ebenso der Reichtum des anderen Teiles.

Es vollzieht sich der große Prozeß der Güter- und Geldkonzentrierung in den Händen ganz weniger Großkapitalisten, was in dem Stadium der heutigen Wirtschaftskrise auf Kosten der Produktion, der Industrie geschieht.

Aus diesem Prozeß ergibt sich für das Proletariat, das größtes Interesse hat an der Erhaltung der Industrie als solcher, die Aufgabe, die Produktion in seine eigenen Hände zu übernehmen.

In Dänemark ist es zu einem ersten Konflikt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften gekommen. Der Generalstreik scheint unvermeidlich.

Rußland.

Rußlands Eintritt in den Welthandelsverkehr.

Die norwegische Regierung hat Verhandlungen mit Rußland über den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages eingeleitet. Von russischer Seite werden die Verhandlungen von Kersjenschow geführt, und zwar in Stockholm, da Norwegen vorläufig noch keiner russischen Delegation die Einreise gestattet hat.

Die Verhandlungen der tschechischen mit der russischen Regierung zwecks Erzielung eines Handelsvertrages sind soweit gediehen, daß mit der Abreise einer offiziellen tschechischen Delegation für die nächste Zeit zu rechnen ist.

Der bolschewistischen Presse zufolge ist der chinesisch-russische Handelsvertrag nunmehr abgeschlossen.

Die Räteregierung garantiert darin die Einstellung der bolschewistischen Agitation in China und bewilligt Ersatz des in Rußland beschlagnahmten oder zerstörten chinesischen Eigentums.

Im Unterhause erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, augenblicklich würde über die Zahl der von der russischen Räteregierung laut dem englisch-russischen Handelsabkommen nach England zu entsendenden Handelsdelegierten verhandelt. Den offiziellen Agenten der Sowjetregierung würden die im Handelsabkommen bezeichneten Privilegien gewährt werden, um sie in die Lage zu setzen, ihre Funktionen während ihres Aufenthalts in England auszuüben.

Arbeiterfakultäten.

„Nowij Mir“ meldet: Zwecks Heranbildung wissenschaftlich geeigneter Organisatoren der sozialistischen Wirtschaft hat der Rat der Volkskommissare das Aufklärungs-kommissariat beauftragt, Arbeiterfakultäten in Charkow, Zekaterinoslaw und Nikolajew zu organisieren.

Einladung Jhadora Duncans nach Rußland.

Die Sowjetregierung ließ der weltberühmten Tänzerin Jhadora Duncan eine Einladung zukommen mit dem Ersuchen, sie möge sich nach Rußland begeben und ein Tanzinstitut für 1000 Schüler eröffnen.

Die italienische Kammer aufgelöst.

Rom, 7. April. Die „Tribuna“ veröffentlicht einen Erlass, in dem die Auflösung der Kammer ausgesprochen und die Neuwahlen auf den 15. Mai festgesetzt werden. Der Zusammentritt des Senats und der neuen Kammer soll zum 8. Juni erfolgen. Einige radikale Elemente der Volkspartei haben die Gründung einer neuen christlichen Arbeiterpartei beschlossen.

Aus der Internationale. Die Proletarier Ägyptens für die dritte Internationale.

Eine sozialistische Partei Ägyptens ist im Entstehen begriffen. Es wird behauptet, daß die Bewegung bereits ungefähr 1/2 Million organisierter Arbeiter zähle. Ägyptische Gewerkschaften sind auf dem Kongreß der Ostvölker, der in Baku unter den Auspizien der Bolschewiki Ende des vergangenen Jahres stattfand, vertreten gewesen und haben auch jetzt ständige Vertreter in Moskau. Die neue Partei sympathisiert gleichfalls mit der dritten Internationale und mit der bolschewistischen Alimohammedanischen Liga. Ihre wesentliche Aufgabe sieht sie jetzt in der Propaganda und Ausklärung unter der ägyptischen Arbeiterschaft. Sozialistische Literatur in arabischer Sprache wird zum Vertrieb vorbereitet.

